



Es gilt das gesprochene Wort!

Hinweis: Diese Rede kann hier als Video abgerufen werden:

<http://www.landtag.ltsh.de/aktuell/mediathek/index.html>

Kiel, 14. Oktober 2016

TOP 24, Schleswig-Holsteins Infrastruktur instand halten – Bürgern das Melden von Schäden erleichtern
(Drs. 18/4726)

Kai Vogel:

Mängelmelder müssten von Kommunen organisiert werden

Die Piraten machen sich die Welt wieder mal, wie sie Ihnen gefällt: ein typischer Piratenantrag nach dem Motto von Pippi Langstrumpf – ich mach mir die Welt, wie sie mir gefällt.

Es klingt ja alles so einfach, eine kaputte Schaukel auf einem Spielplatz, ein mit einem Aufkleber beklebtes Schild, ein Schlagloch in einer Straße – der Bürger macht ein Foto und sendet es anonym an eine Mängelstelle und das Problem ist gelöst. Nutzerfreundlich am besten mit einer App.

Doch so einfach ist es eben nicht. Sogenannte Mängelmelder gibt es ganz viele im Internet. Einzelne Städte bieten diese an, einen Mängelmelder von Rheinland-Pfalz gibt es und einen pauschalen für ganz Deutschland.

Hier ist es sinnvoll, diese genauer anzuschauen. Man schaue sich einfach Mal einzelne gemeldete Mängel bei dem bundesweiten Mängelmelder www.maengelmelder.de an: Ein paar Müllsäcke wurden in einer größeren Stadt in NRW gemeldet. Der Ablauf klappt problemlos,

Herausgeber

SPD-Landtagsfraktion
Landeshaus
Postfach 7121, 24171 Kiel

Verantwortlich:
Petra Bräutigam

Telefon Pressestelle 0431-988-13 05
Fax Pressestelle 0431-988-13 08

E-Mail pressestelle@spd.ltsh.de
Web spd.ltsh.de

Mängel gemeldet am 4. März 2012, am 5. weiter an die Stadt gemeldet und direkt wird zurückgemeldet, dass alles in Bearbeitung sei. Und bereits am 5. April wird dieser Mangel als behoben gemeldet, aber nicht im Jahr 2012, sondern erst vier Jahre später im Jahr 2016. Glauben Sie, dass sich hier ein Bürger ernst genommen fühlt?

Sie verweisen auf den Mängelmelder des Landes Rheinland-Pfalz. Aber ein Blick auf diesen zeigt: Zwei Städte und zwei Amtsgemeinden sind dort gelistet. Rheinland Pfalz – vier Millionen Einwohner: Kommunen mit zusammen etwas über 80.000 Einwohnerinnen und Einwohnern sind in dem landesweiten Mängelregister aktiv – das sind dort etwas mehr als 2 Prozent der gesamten Bevölkerung und damit soll dann bei den Bürgerinnen und Bürgern der Eindruck erweckt werden, das ganze Land sei abgedeckt und alle werde gleich geholfen?

So weit wie Rheinland-Pfalz sind wir übrigens in Schleswig-Holstein ebenfalls mit einzelnen kommunalen Mängelmeldern. Die Stadt Pinneberg hat einen und die Stadtwerke Schleswig für genau die von Ihnen beschriebenen Anliegen ebenfalls.

Wenn es nur noch darum ginge, vielleicht ein Netzwerk aller Kommunen zu erstellen, dann würde der Antrag schnell mit Leben gefüllt werden können. Aktuell würde ein Landesmängelmelder aber einen Eindruck für den Bürger erwecken, ihm würde unmittelbar geholfen werden. Aber nicht alle Kommunen sind darauf vorbereitet.

Den Piraten würde hier eine kommunalpolitische Verwurzelung gut tun. Baumwurzeln, die Radwege in den Kommunen hochdrücken, müssen von der Kommune vor Ort gelöst werden. Wenn Sie nun hier von der mit einem Mangel angesimsten Kommune den Hinweis erhalten: „Danke für den Hinweis. Der Haushalt unserer Kommune lässt leider keinen Spielraum zu, die Straße zu sanieren.“ Ist der meldende Bürger nun zufrieden oder lasse ich eine Kommune im Regen stehen, weil wir als Landespolitik entschieden haben, Bürger melde einen Schaden? Löst die Kommune das gemeldete Problem, sieht sie gut aus oder löst sie es nicht, hat sie den Spott und Schaden. Diese Aufgabe, alle Kommunen in Zugzwang zu bringen, sehe ich definitiv nicht in der Landespolitik.

Es ist sicherlich ein guter Ansatz für das kommende Kommunalwahlprogramm, diesen Mängelmelder als Ziel für die Gemeinden und Städte aufzunehmen. Aber den Kommunen durch

die Landesregierung vorschreiben zu lassen, wie die Schadensverwaltung zu organisieren ist, ist fernab der Strukturen, die wir hier in Schleswig-Holstein haben.

Alles in allem wären Mängelmelder für ganz Schleswig-Holstein sicherlich ein nützlicher Begleiter, allerdings muss dies meiner Meinung nach zuerst von den Kommunen organisiert werden.

Vielleicht sollten wir uns in einer der kommenden Legislaturen dieses Problems annehmen. Aktuell lehnen wir den Antrag ab.